

**Bezirksamtsvorlage Nr. 735**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 12.11.2022

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0401/VI, Beschluss vom 15.09.2022 betrifft:  
Programm „Neustart Wirtschaft“: Wirtschaft fördern und Ungleichbehandlung beenden

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Schriner

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Programm „Neustart Wirtschaft“: Wirtschaft fördern und Ungleichbehandlung beenden“ als Schlussbericht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Beschlussfassung einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat: nein
- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Schriener

Bezirksverordnetenversammlung  
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 0401/VI

---

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Programm „Neustart Wirtschaft“: Wirtschaft fördern und Ungleichbehandlung beenden

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 15.09.2022 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0401/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht,

von den Möglichkeiten im Rahmen des Programms „Neustart Wirtschaft“ vollumfassend Gebrauch zu machen und auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Nutzung öffentlichen Straßenlandes (für die Veranstaltungsbranche und Gastronomie) grundsätzlich zu verzichten.

Etwaige erhobene Sondernutzungsgebühren, auf die hätte verzichtet werden können aber dennoch erhoben wurden, sollen verrechnet werden können.

Das Bezirksamt hat am 12.11.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt Mitte von Berlin ist den Empfehlungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucherschutz und Klimaschutz gefolgt und hat auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen sowie für Schankvorgärten für das Jahr 2022 verzichtet.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 06.11.2022

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Bezirksstadtrat Schriner